

ENN
8.8.15

Betten und Windeln fehlen

Politiker besuchen Notlager Huttenheim / Kritik an Verteilung

Von Werner Schmidhuber
und Daniel Streib

Philippsburg/Bruchsal. Wie schnell und unkonventionell Hilfe geleistet werden muss und kann, erfuhr der Bundestagsabgeordnete Olav Gutting, der auf Einladung von Bürgermeister Stefan Martus zusammen mit dessen Bruchsaler Bürgermeisterkollege, Landtagskandidat Ulli Hockenberger (alle CDU) sowie Christopher Moll, der Leiter des Polizeipostens Bruhrain, und zwei Vertretern des Regierungspräsidiums Karlsruhe das Asylnotlager in Huttenheim besuchte. Die Landeserstaufnahmeeinrichtung ist inzwischen mit rund 450 Personen belegt.

Ruckzuck positionierten sich eilige Flüchtlinge um die Gruppe, schilderten – trotz aller Sprachschwierigkeiten – ihre Schicksale und trugen ihre aktuellen Probleme vor.

Mit Tränen in den Augen kam eine Mutter. Für ihr Kleinkind gebe es heute keine Windeln mehr. So veranlasste

Martus mit einem Anruf im Rathaus, dass die Stadt „erste Hilfe“ leiste.

Auch an Gutting und Moll wandten sich die Männer und Frauen. Insbesondere ging es um die unerträgliche Hitze in der Halle, den fehlenden Sonnenschutz, die unzureichenden Waschgelegenheiten. „Die Betten reichen nicht“, hieß es. Das mussten auch Vertreter des

1 000 Asylsuchende in zwei Notlagern

Regierungspräsidiums einräumen. Dank der Initiative der Besuchergruppe wurde, weil Bedarf, auch schnell ein großer Toilettenwagen organisiert.

„Wir müssen den betroffenen Menschen ein zügiges Asylverfahren ermöglichen und zugleich die ersten Schritte in eine oft völlig neue Kultur erleichtern“, betonte der Abgeordnete. Heftige Kritik übte er an der Tatsache, dass die in Baden-Württemberg ankommenden

Flüchtlinge vom Land bislang zu 70 Prozent im Regierungsbezirk Karlsruhe verteilt wurden, der damit vor schier unlösbaren Problemen stehe. Martus forderte, die anderen drei Regierungsbezirke müssten nun „aus der Komfortzone“ geholt werden. Gutting schlug vor, das „weitgehend freie Gebäude der Polizeischule Freiburg“ zu nutzen. Eine Maßnahme, die seit gestern offenbar teilweise umgesetzt wird.

Zudem war man sich einig: Asylverfahren für Flüchtlinge aus extrem unsicheren Herkunftsländern, wie Syrien oder Irak, sind zu beschleunigen. Auch müssten offenkundig aussichtslose Asylanträge rascher bearbeitet werden. „Wir sollten weitere Balkanländer in die Liste der sicherer Herkunftsstaaten aufnehmen“, so Gutting. Aus seiner Sicht ist es „ein Skandal“, die aktuelle Situation in den Flüchtlingslagern „als politische Verhandlungsmasse zu nutzen“, um ein Einwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen. Hintergrund: Das Thema ist derzeit in der Bundespolitik umstritten,

auch innerhalb der Unionsparteien herrscht dabei keine Einigkeit.

Auch im zweiten Asylnotlager des nördlichen Landkreises, auf dem Gelände der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal, geht es eng zu. Wie berichtet wurden dort in der Nacht zum Freitag weitere 150 Asylbewerber untergebracht. Insgesamt kampieren dort jetzt 550 Menschen – zusammen mit Huttenheim sind es rund 1 000 Erstaufnahme-Flüchtlinge im nördlichen Landkreis Karlsruhe.

Unterdessen wurde gestern bekannt, dass ein weiteres kurzfristiges Notlager in der Messe Karlsruhe für rund 500 Flüchtlinge eröffnet werden soll.

■ Aus der Region



WENN POLITIK AUF WIRKLICHKEIT TRIFFT: Bundestagsabgeordneter Olav Gutting (links) mit Polizeipostenleiter Christopher Moll im Gespräch mit Asylsuchenden im Huttenheimer Asyllager. Foto: ber